



**Gemeinsame Erklärung von IndustriALL Global Union und
industriALL European Trade Union
über
einen gerechten Übergang und die Schaffung nachhaltiger
Arbeitsplätze
– Klimawandel und die Rolle industrieller Arbeit**

Die 24. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP24) vom 3. bis 14. Dezember 2018 in Katowice, Polen, wird als die „COP des gerechten Übergangs“ bezeichnet. Ziel dieser Konferenz ist es, wie von den Vertragsparteien 2015 in Paris vereinbart, einen Weg in eine nachhaltige Zukunft – einen gerechten Strukturwandel für die Beschäftigten und die Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze – aufzuzeigen.

Als die Stimmen der Industriebeschäftigten und ihrer Gewerkschaften, die über 50 Millionen Beschäftigte weltweit vertreten, unterscheidet sich unser Standpunkt von dem der Arbeitgeber und von dem der Nichtregierungsorganisationen (Umwelt-NGOs).

Die Industriesektoren, in denen unsere Mitglieder tätig sind, stehen im Zusammenhang mit dem Ziel einer tiefgreifenden Dekarbonisierung vor enormen Herausforderungen, es sind aber gerade diese Sektoren, die Technologien und Lösungen anbieten können, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und gleichzeitig die Grundlagen für Entwicklung, nachhaltige Arbeitsplätze und technologischen Fortschritt zu schaffen.

Die globale Fertigung und wirtschaftliche Entwicklung sind einem raschen Wandel unterworfen, der nicht nur auf den klimapolitischen Handlungsbedarf zurückzuführen ist. Die Globalisierung verändert die Wertschöpfungsketten auch weiterhin, während die rasche Verbreitung disruptiver Technologien wie Advanced Digitalization, KI, 3D-Druck usw. – die sogenannte 4. industrielle Revolution – sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer vor Herausforderungen bei der Gestaltung und Umsetzung nachhaltiger Industriepolitik stellt.

IndustriALL Global Union und industriALL European Trade Union fordern einen gerechten Übergang, der die Industriebeschäftigten durch klare Verpflichtungen der Regierungen und proaktive nachhaltige Industriepolitiken mit kreativen Anpassungsprogrammen für Arbeitskräfte und basierend auf starkem Sozialschutz zu einem Teil der Lösung macht. So können die Herausforderungen, vor denen wir stehen, in Chancen umgewandelt werden.



Die drei Grundvoraussetzungen für einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Zukunft sind:

1. Es bedarf nachhaltiger Industriepolitiken auf nationaler und regionaler Ebene, die auf Investitionen sowohl in die Ökologisierung der bestehenden Industriesektoren als auch in die Schaffung von Arbeitsplätzen in neu entstehenden umweltfreundlicheren Industriesektoren abzielen. Bestimmten Sektoren und Lieferketten der Wirtschaft müssen gezielt angemessene Mittel und Einrichtungen für Forschung, Entwicklung und Innovation zur Verfügung gestellt werden, um die Entwicklung von Technologien, einschließlich erneuerbarer Energien und Technologien zur CO₂-Abscheidung (CCS und CCU), zu unterstützen, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Dies erfordert Investitionsbereitschaft sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Darüber hinaus muss eine solide Industriepolitik den regionalen Unterschieden bei der Kohlenstoffabhängigkeit und den sozialen Bedürfnissen Rechnung tragen und gleichzeitig die Energieeffizienz fördern sowie die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindern. Nachhaltige Entwicklung und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze müssen insbesondere in den Regionen forciert werden, die am stärksten von dem Übergang zu einer CO₂-emissionsarmen Wirtschaft betroffen sind und mit enormen Arbeitsplatzverlusten zu kämpfen haben. Kein Arbeitnehmer/keine Arbeitnehmerin und keine Region darf zurückgelassen werden. Eine Priorität der COP24 müssen daher die Förderung der Entwicklung solcher Politiken und die Bereitstellung diesbezüglicher Leitlinien sein.
2. Das gesamte Spektrum der Sozialprogramme und des sozialen Schutzes muss gestärkt werden. Dies umfasst die Bereiche Gesundheit und Soziales, Arbeitslosenversicherung, Renten und vor allem Bildung, Umschulung, berufliche Umschulung und Weiterbildung sowie umfassende Systeme des lebenslangen Lernens. Wenn sich die Arbeitskräfte an eine neue globale Industrie anpassen sollen, so bedarf es ausreichender und frei zugänglicher Angebote zum Erwerb übertragbarer Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, während die soziale Absicherung der betroffenen Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen eine solide Grundlage des allgemeinen Sozialschutzes erfordert. COP24 muss klarstellen, dass die erforderliche Bewältigung des Klimawandels nicht als Vorwand für Kostensenkungs- und Sparmaßnahmen genau in dem Moment dienen darf, in dem der Sozialschutz am dringendsten benötigt wird.
3. Um eine nachhaltige industrielle Zukunft zu sichern, sind kreative Anpassungsprogramme für Arbeitskräfte vonnöten. Während sich traditionelle Anpassungsprogramme für Arbeitskräfte nach dem Top-down-Prinzip selten als wirksam erwiesen haben, erfordert ein gerechter Übergang angesichts eines potenziell



massiven industriellen Wandels einen neuen Ansatz für eine solche Anpassung, der auf die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen zugeschnitten ist, die von den von uns erwarteten Umbrüchen in der Wirtschaft betroffen sind. Eine Einheitslösung wird nicht zum Ziel führen. Bestehende Arbeitsplätze umweltfreundlicher zu gestalten und die Lebensgrundlagen der Beschäftigten in diesen Sektoren zu erhalten, ist immer unsere erste Wahl. Klar ist jedoch, dass in einigen Sektoren Arbeitsplätze geschaffen werden, während andere Jobs gefährdet sein können. Zur Wahrung des sozialen Friedens muss für die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze betroffen sein könnten, gesorgt werden. Für jüngere Beschäftigte kann der Besuch von Bildungseinrichtungen attraktiv sein, während älteren Beschäftigten mit einer Überbrückung zum vorgezogenen Ruhestand am besten gedient wäre. Beschäftigte in der Mitte ihrer beruflichen Laufbahn benötigen möglicherweise andere Arten von Unterstützung wie umfassende Programme für kontinuierliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen, um in umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Branchen beruflich Fuß zu fassen. Auch Familien sowie die Gemeinschaften und Institutionen, die von den aktuellen Industrien abhängig sind, brauchen spezifische Unterstützung. Die COP24 muss den Beschäftigten von heute und morgen eine positive Zukunft zusichern.

Die drei vorgenannten Punkte verdeutlichen, dass die Verwirklichung eines gerechten Übergangs eine komplexe Aufgabe darstellen wird, die einen integrierten politischen Rahmen erfordert – nicht zuletzt auch ein stabiles Energiesystem, das die Grundlage für die industrielle und soziale Entwicklung bildet und die konkrete Ausgestaltung der Anpassung der Arbeitskräfte. Daher müssen bei der Entwicklung eines Programms für einen gerechten Übergang alle Akteure mit am Tisch sitzen, insbesondere die direkt betroffenen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften.

Gemäß dem Konzept eines gerechten Übergangs sollten die Kosten und der Nutzen von Entscheidungen, die im öffentlichen Interesse getroffen werden, gerecht verteilt werden. Obwohl auch der Privatsektor seine Verantwortung wahrnehmen muss, bedarf es daher in erster Linie einer kohärenten öffentlichen Politik im öffentlichen Interesse.

Ein gerechter Übergang kann als Brücke vom Jetzt in die Zukunft, die wir uns wünschen, betrachtet werden. Der Klimawandel betrifft alle, von den Maßnahmen zur Abmilderung und zur Anpassung daran werden jedoch nicht alle in gleichem Maße betroffen sein. Ein gerechter Übergang ist daher die Grundvoraussetzung für Veränderungen. Es darf keinen ungerechten Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft geben, bei dem unzählige Millionen von Beschäftigten beiseite geschoben werden. Wir können aber auch die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels nicht leugnen – es gibt keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten.

Wir hoffen, dass die COP24 endlich einen gerechten Übergang in eine optimistische Zukunft



aufzeigt – eine Zukunft mit Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für die Beschäftigten, ihre Familien und die von ihnen abhängigen Gemeinschaften. Alle Akteure müssen an dieser Diskussion beteiligt sein – ein gerechter Übergang kann nur mit uns bewerkstelligt werden.

Die Industriebeschäftigten und ihre Gewerkschaften sind für diese Aufgabe bereit.

In einem ersten Schritt ersuchen IndustriALL Global Union und industriAll European Trade Union gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Europäischen Gewerkschaftsbund die Vertragsparteien dringend, die „**Solidarity and Just Transition Silesia Declaration**“ zu unterstützen.